

Sonnabend, 22. Juni 1918

Zeitung

704

gelehrten Sachen

Morgen-Ausgabe angeführt

 26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800,
 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

abgewiesen.

Deutschtum und Slawentum.

Von

Dr. Alexander Reblisch.

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Wien, 19. Juni.

Der Anspruch der Tschechen auf eine Teilnahme an der Bestimmung ihrer völkischen Geschichte, also an der auswärtigen Politik des Staates, dem sie angehören sollen, kann nur dann mit einigem Recht aufrecht erhalten werden, wenn sich zeigt, daß sie schon bisher ein eigenes außenpolitisches Programm besessen haben, das im Rahmen Oesterreich-Ungarns erfüllbar gewesen wäre, aber nicht erfüllt worden ist. Ein solches Programm weisen nun die politischen Führer der Tschechen vor und erklären, daß gerade seine Vernachlässigung wesentlich zur Herbeiführung jener europäischen Lage beigetragen habe, die den Krieg unvermeidlich gemacht hat.

In erster Linie können es die meisten tschechischen Führer ab, ihre außenpolitischen Ziele mit denen des Panlawismus schlecht-hin identifizieren zu lassen, zumal wenn von der Zeit vor dem Kriege die Rede ist. Die Haltung sehr vieler Tschechen während des Krieges selbst war allerdings, wie sie selbst kaum bestreiten, ausgesprochen panlawistisch. Man weiß längst, daß die bekannten Vorkommnisse an der Front und verschiedene zum Teile weniger bekannte Ereignisse hinter der Front Folgeerscheinungen einer Propaganda gewesen sind, die ganz ohne Zweifel mit dem allslawischen Solidaritätsgedanken operiert hat. Dieser Tatbestand wird von tschechischer Seite nicht rundweg abgeleugnet, sondern er wird nur damit begründet, daß der Ausbruch des Krieges in seinem ganzen politischen Zusammenhange und der Charakter dieses Krieges, als eines Kampfes der deutschen Mächte gegen die Slawen, den Tschechen jede Möglichkeit versperrt habe, anders als durch die Lostrennung von der Monarchie undurch die vollendete Solidarität mit dem übrigen Slawentum seine Ziele zu erreichen.

Diese Ereignisse sind in verschiedenen Hochverratsprozessen behandelt worden, mit der größten Ausführlichkeit in dem Prozeß gegen den früheren Reichsratsabgeordneten Dr. Kramarsch. Die Anklagebehörden, die in diesem Prozeß zwar über zahlreiche Beweise für das Vorhandensein einer staatsfeindlichen Bewegung unter den Tschechen, nicht so sehr aber für die tatsächliche Mitschuld des Dr. Kramarsch besaß, versuchte die Lücken ihrer Beweisführung in letzterer Hinsicht dadurch zu ergänzen, daß sie auf die politische Tätigkeit des Angeklagten in der Zeit vor dem Kriege zurückgriff. Die Polemiken der Prozeßakten gerade über dieses Kapitel sind besonders interessant, weil Dr. Kramarsch in der Zeit vor dem Kriege als der unbestrittene Wortführer der Tschechen in außenpolitischen Dingen gelten dürfte. Die Prozeßakten können deshalb als ein Quellenwerk zur Erforschung der tschechischen Politik vor dem Kriege angesehen werden.

Die Anklage leitet den Zusammenhang Kramarschs mit dem Panlawismus im wesentlichen aus seiner führenden Betätigung in der sogenannten neoslawischen Bewegung ab, die sie als eine Neuaufgabe des Panlawismus hinstellt. Aber diese Gleichsetzung der Begriffe wird von tschechischer Seite entschieden bestritten. Der Neoslawismus wird als eine durchaus unpolitische Kulturbewegung hingestellt, die insbesondere in den Jahren 1908 bis 1910 zwischen den Slawen diesseits und jenseits der Grenzen im Gange war, in öffentlichen Kongressen ihren Ausdruck fand und dann gerade durch die Haltung der russischen Panlawisten ihr Ende gefunden haben soll. Nach tschechischer Definition ist der Panlawismus eine wesentlich russische politische Richtung. Sein Ziel ist nicht nur die Lostrennung aller Slawen aus ihren bisherigen nichtslawischen Staatsverbänden, sondern auch ihre Sammlung unter russischer Führung. Diesem Gedankengang haben nun der Neoslawismus schon deshalb nicht folgen können, weil er als eine unpolitische Bewegung keinerlei Veränderung der staatlichen Zusammenhänge anstrebte.

Nun muß man ja allerdings gegen die Versicherung skeptisch sein, daß eine durchwegs von Politikern geleitete Bewegung auch nicht die geringste politische Nebenabsicht gehabt haben soll, zumal bei einem Volk wie die Tschechen, dessen gesamte Intelligenz durch und durch politisiert ist. Man wird also mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit vermuten dürfen, daß der Neoslawismus mit irgendeinem politischen Glaubensbekenntnis in verwandtschaftlichen Beziehungen gestanden hat, daß er mit kulturellen Mitteln politische Ziele vorbereiten wollte, und daß der von ihm offen geförderte kulturelle Zusammenschluß aller Slawen im Hinblick auch auf eine politische Annäherung gedacht gewesen ist. Es handelt sich nur darum, in welchen Formen sie sich vollziehen sollte.

Nach allem, was ich darüber von tschechischer Seite gehört, sowie in neueren und älteren Rundgebungen gelesen habe, hat ein erheblicher Teil der Tschechen, darunter vor allem auch zweifellos Dr. Kramarsch, in der Zeit vor dem Kriege den politischen Zusammenschluß der Slawen in der Weise angestrebt, daß die ganz oder teilweise von Slawen bewohnten Reiche ohne äußerliche Verän-